

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
10.09.2020
Ausschussbetreuender Fachbereich
Stabsstelle Gleichstellungsstelle
Schriftführung
Monika Koppe
Telefon-Nr.
02202-142647

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann
Sitzung am Mittwoch, 19.08.2020

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18.10 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.06.2020 - öffentlicher Teil**
0320/2020
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**

- 5.1 Gleichstellungspolitische Informationen**
- 6 Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 6.1 „Deine Stimme – Dein Gesicht“ Aktivitäten im Rahmen der anstehenden Integrationsratswahlen**
0339/2020
- 6.2 Teilfinanzierung der "Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)"**
0328/2020
- 6.3 Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU"**
0343/2020
- 7 Konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates**
0099/2020
- 7.1 Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirats in Ausschüsse und in den Inklusionsbeirat**
0272/2020
- 7.2 Information zum Sachstand der Mitteilungsvorlage 0174/2020 Anregungen aus dem Seniorenbeirat**
0249/2020
- 7.3 Information zur Vorlagennummer: 0525/2020 aus der Sitzung vom 04.06.2020**
0250/2020
- 8 Jahresbericht der GL-Service gGmbH 2019**
0288/2020
- 9 Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt Maßnahmenbericht Zwischenbericht**
0312/2020
- 10 Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach**
0321/2020
- 11 Anträge der Fraktionen**
- 12 Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende Frau Holtzmann eröffnet die 28. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann in der neunten Wahlperiode und begrüßt alle Anwesenden. Sie stellt die ordnungsgemäße Einberufung, die Beschlussfähigkeit des Ausschusses und die, aus dem Teilnehmerverzeichnis (Anlage 1) ersichtlichen, Anwesenden sowie die Vertretungsverhältnisse fest.

Anschließend bittet Frau Holtzmann um die Erweiterung der Tagesordnung um Punkt „**5.1 Gleichstellungspolitische Informationen**“ mündliche Berichterstattung durch die Gleichstellungsbeauftragte Frau Kläßen.

Die Erweiterung der Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

2. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Herr Reiter teilt mit, dass er die Aussage:

„Herr Reiter macht den Vorschlag, Kooperationen mit großen Firmen einzugehen, um PC's für kleines Geld zu erwerben“, in der Niederschrift auf Seite 9, im 5. Absatz, so nicht gesagt habe und bittet um eine Änderung dahingehend:

„Herr Reiter erläutert den Einsatz von refurbished IT und regt an, gebrauchte Geräte von Firmen zu erwerben die Profi-Geräte aufwerten, modernisieren und günstig wieder in den Markt bringen. Hier sind z. B. PC, Tablett oder Bildschirm in einem Preissegment von 50 – 150 oder 200 € für Schüler*innen zu erwerben. Eine Garantie von 2 Jahren und ein sehr guter Service zeichnet diese Unternehmen aus“.

Nachdem Herr Reiter seine Änderungen vorgetragen hatte, wechselte er in den Zuschauerraum und Herr Samirae übernahm seinen Sitzplatz.

Die Niederschrift wurde unter Berücksichtigung dieses Hinweises genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann am 04.06.2020 - öffentlicher Teil 0320/2020

Die Ausschussmitglieder nehmen die Vorlage zur Kenntnis

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Herr. Kockmann bittet ums Wort und fragt scherzhaft nach, ob die Tagesordnung um den Punkt 1.a „Verabschiedung der Ausschussvorsitzenden“ ergänzt werden könne. Dem widersprach niemand und so bedankt sich Herr Kockmann im Namen der CDU-Fraktion für die souveräne, umsichtige, faire Verhandlungsführung während der letzten Jahre. Mit den Worten: „Ein Deutscher Philosoph sagte einmal: Abschied ist die Tür für die Zukunft“, wünsche er ihr eine Zukunft, die sie

jeden Tag genießen kann, die sie reicher mache, nicht nur an Erfahrung, sondern auch an Lebensqualität. Er bedankt sich nochmals für die Zeit, die sie geopfert habe“, wünscht ihr für die Zukunft alles Gute und überreicht Frau Holtzmann einen Blumenstrauß.

Frau Holtzmann bedankt sich für die netten Worte und teilt mit, dass sie mit einem lachenden und einem weinenden Auge gehe. Sie habe gerne mit den Ausschussmitgliedern und auch parteiübergreifend zusammengearbeitet. Daran werde sie sich gerne zurückerinnern.

Bevor Herr Stein das Wort ergriff, gab es einen Applaus der Ausschussmitglieder.

Auch Herr Stein bedankt sich für die gute Zusammenarbeit und erinnert an die politischen Stationen aus dem Leben von Frau Holtzmann, bevor er Frau Holtzmann zum Dank einen Blumenstrauß von der Verwaltung überreicht.

Danach ergreift Frau Koshofer das Wort und bedankt sich im Namen der FDP-Fraktion ebenfalls für die gute Zusammenarbeit.

Dann wird die Sitzung fortgesetzt.

Frau Holtzmann teilt mit, dass sie vergessen habe, unter Punkt 1 Erweiterung der Tagesordnung“ eine junge neue Kollegin, Frau Christine Mehls, als Vertreterin der SPD-Fraktion zu vereidigen. Sie bat darum, dass nun zu erledigen.

Frau Mehls erklärt sich einverstanden.

Das Mitglied, Frau Christine Mehls wurde unter Verlesung des Verpflichtungstextes, gem. § 32 Absatz 4 GO NRW, in ihr Amt eingeführt und in feierlicher Form zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet (siehe Anlage 1).

Fr. Holtzmann teilt mit, dass keine Teilnehmerliste herumgereicht werde, Fr. Koppe schreibe alle Teilnehmenden auf.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Frau Hellwig teilt mit, dass im letzten ASWDG der Wunsch geäußert wurde, dass sich die neuen Vorsitzenden des Seniorenbeirats persönlich in der heutigen Sitzung vorstellen. Dies sei leider nicht möglich, da der Vorsitzende erkrankt sei. Der neue Vorsitzende und sein Stellvertreter werden sich in der nächsten Ratsperiode in einer Sitzung vorstellen.

5.1. Gleichstellungspolitische Informationen

1. Anerkennung des sog. „Femizids“ als Straftatbestand im deutschen Strafrecht

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Gleichstellungsstellen fordert, wie auch der Deutsche Juristinnenbund von der Bundesregierung eine zeitnahe Anerkennung des Femizids als Straftatbestand im deutschen Strafrecht.

Diese Forderung geht zurück auf die Istanbulkonvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt, die bereits 2011 von der Bundesregierung ratifiziert wurde. Ziel ist es: einen Straftatbestand in das deutsche Strafrecht einzuführen, um die Strafzumessung zu verschärfen, wenn Frauen durch ihren Ehemann oder Ex-Ehemann aufgrund einer Trennung bzw. bei Trennungsabsicht getötet werden, weil das bisher immer noch nicht als strafverschärfender niedriger Beweggrund gewertet wird, sondern zum Teil sogar strafmildern wirkt.

2. Abschaffung § 219 a StGB

Die Abschaffung des § 219 a ist zur Verhinderung der Kriminalisierung von Ärztinnen und Ärzten, die ein Angebot machen, Schwangerschaftsabbrüche durchzuführen, dringend geboten. Frauen soll die Information, welche Ärztinnen und Ärzte

Schwangerschaftsabbrüche durchführen, frei zugänglich gemacht werden, ohne dass die Ärztinnen und Ärzte dafür bestraft werden.

3. Mitteilung über die Situation im Frauenhaus und in den Frauenberatungsstellen Bergisch Gladbach

Situation im Frauenhaus Bergisch Gladbach

In einem Gespräch berichtet Frau Gehlen, dass das Frauenhaus seit dem 01.07.20 wieder zum Regelbetrieb zurückgekehrt sei. Dies bedeutet, dass wieder neun Frauen und 15 Kinder aufgenommen werden können.

Es sei für hilfesuchende Frauen nach wie vor schwierig öffentliche Stellen aufzusuchen, da diese leider noch nicht zum Regelbetrieb zurückgekehrt seien. In Bergisch Gladbach funktionieren die erforderlichen Behördengänge oft nur, weil Mitarbeitende des Frauenhauses Ansprechpartner*innen, z. B. bei der ARGE bekannt seien. Dies sei aber nicht bei allen Behörden bzw. Angelegenheiten der Fall.

Situation in der Allgemeinen Frauenberatungsstelle für den RBK

Frau Holthausen berichtet, dass zu Beginn der Corona-Pandemie verstärkt Fokus auf die Öffentlichkeitsarbeit gelegt worden sei um aufzuzeigen, wie Frauen den Weg in die Beratungsstelle finden können. Dazu gab es z. B. Aktion Flyer in Apotheken und Supermärkten auszulegen. Dadurch sei es gelungen, dass sich viele Betroffene wieder in der Beratungsstelle melden und jetzt die Anfragen vergleichbar hoch wie im Vorjahr seien.

Situation in der Fachberatungsstelle gegen sexualisierte Gewalt im RBK

Ähnliches berichtet auch Frau Warning von der Fachberatungsstelle für sexualisierte Gewalt im RBK

Auch dort sei es zu Beginn der Krise gespenstisch ruhig gewesen. Nach den Lockerungsmaßnahmen seien die Anfragen aber ebenfalls ähnlich hoch wie im Vorjahr gewesen. In den Gesprächen berichten sehr viele Klientinnen, dass sie in der Corona-Krise sehr gestresst seien. Dies treffe vor allem auf alleinerziehende Frauen zu, die neben dem Homeoffice auch noch die Pflegearbeit und Aufgabenbetreuung von Schulkindern übernehmen müssen.

4. THA in der Stadtverwaltung

Durch die Krise sei es erforderlich gewesen, die Arbeitsbedingungen den Hygienevorschriften anzupassen. Hierdurch seien u.a. weitere THA-Plätze geschaffen worden.

Auch hier zeige sich, dass Frauen einen erheblich höheren Anteil an THA-Plätzen beantragten. Zurzeit arbeiten 373 Mitarbeitende in THA. Hiervon 260 weibliche und 113 männliche. Der prozentuale Anteil der weiblichen Beschäftigten liegt hier bei 69 %.

Frau Holtzmann bedankt sich für den ausführlichen mündlichen Bericht.

6. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Herr Basyigit berichtet, dass die letzte Sitzung der 9. Wahlperiode des Integrationsrates bereits stattgefunden hat und er selbst in der nächsten Wahlperiode nicht mehr zur Verfügung stehe. Er bedankt sich für die Unterstützung, die er im ASWDG für seine Arbeit bekommen habe und dafür, dass immer konstruktiv miteinander gearbeitet werden können.

Des Weiteren berichtet er über die Kampagne „Deine Stimme – Dein Gesicht“ die unter Punkt 6.1 noch zur Kenntnis genommen wird. Es gebe 66 Bewerbungen für den Integrationsrat, was in den vorherigen Legislaturperioden nie der Fall war. Daher hoffe er, dass die Neuwahl des Gremiums, die gleichzeitig mit der Kommunalwahl stattfindet, eine höhere Wahlbeteiligung hat.

Als zweiten Punkt weist Herr Basyigit noch auf die Vorlage des Integrationsrates „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ hin, und bittet um die Unterstützung des ASWDG. Auch diese Vorlage wird noch unter Punkt 6.3 zur Kenntnis genommen.

Herr Stark bittet ums Wort zur Vorlage „10+1 Bäume für die Opfer des NSU“ und gibt zu bedenken, dass es seiner Meinung nach nicht richtig sei, sich nur auf eine bestimmte Gruppe von Opfern (Mordopfern) zu fokussieren. Es gebe verschiedene Opfer von Gewalt und hier solle nicht differenziert werden.

Die Ausschussvorsitzende Frau Holtzmann unterbrach ihn an dieser Stelle, da die Vorlage erst unter Punkt 6.3 behandelt werde.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen

6.1. „Deine Stimme – Dein Gesicht“ Aktivitäten im Rahmen der anstehenden Integrationsratswahlen **0339/2020**

Frau Holz-Schöttler teilt ihre Freude über die 66 zur Wahl stehenden Personen mit und fragt, welche Akteure hier so gut zusammengearbeitet haben, dass ein solches Ergebnis zustande gekommen ist. Herr Tillmann teilt dazu mit, dass maßgeblich Frau Mrziglod und Herr Graue aus der Verwaltung, die Kampagne in der Abteilung „sozialen Stadtentwicklung“ aufgelegt haben. Das sich aber auch die vielen Jahre in der Netzwerkarbeit hier bewährt haben. Es konnte die Chance ergriffen werden, all die Strukturen, die in den vergangenen Jahren aufgebaut wurden, zu nutzen. Das Ergebnis sei tatsächlich bemerkenswert. Es wurde in der Verwaltung noch einmal die Liste der vergangenen Wahl betrachtet und da gab es nur 29 Kandidat*innen. Die Verwaltung rechne daher jetzt mit einer höheren Wahlbeteiligung, denn die Kandidat*innen sind durchaus bekannte Gesichter.

Herr Dr. Bernhauser bedankt sich bei allen, die sich engagiert haben. Es sei sehr wichtig, dass sich viele beteiligen, schließlich leben in Bergisch Gladbach ca. 17.000 Personen mit Migrationshintergrund. Es zeige, wie vielfältig unser Stadtgesellschaft ist und dass Menschen aus ganz unterschiedlichen Ländern hier eine Heimat gefunden haben. Darauf sollten alle ein wenig stolz sein, denn zur Integration gehören nicht nur die Menschen, die hierhergekommen sind, sondern auch die, die die Migranten mit offenen Herzen und Armen aufgenommen haben.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

6.2. Teilfinanzierung der "Anlauf- und Beratungsstelle für alleinreisende und alleinerziehende Frauen (AnBe)" **0328/2020**

Herr Kockmann teilt mit, dass er es sehr positiv finde, dass insgesamt 58.000,00 € für die Fortführung der Maßnahme zur Verfügung gestellt werden und allein 10.000,00 € vom Integrationsrat übernommen werden.

Der Beschluss zur Finanzierung wird mehrheitlich, bei einer Gegenstimme gefasst.

6.3. Beteiligung der Stadt Bergisch Gladbach am Programm des Landesintegrationsrates "10+1 Bäume für die Opfer des NSU" **0343/2020**

Herr Stark führt an dieser Stelle weiter aus, dass er sich nicht gegen die Aktion wende, sondern der Meinung sei, dass diese ausgeweitet werden solle auf alle Opfer des Terrors, der aus ideologischen, politischen, religiösen Motiven begangen werde. Es sollen keine Unterschiede gemacht werden. Gewalt speziell in der Form - Mord an Menschen - ist, egal von wem an wem zu verurteilen. Aber auch kleinere Akte der Gewalt seien zu verhindern. Dies beginne für ihn schon, wenn politische Konkurrenz behindert werde oder versucht werde zu verhindern, dass diese eine

Möglichkeit findet, sich treffen zu können etc. Auch das solle unterlassen werden, denn es führe zu einer Verschärfung der Situation, die Konflikte nähmen zu und mündeten im schlimmsten Fall in solchen Gewalttaten.

Frau Stauer möchte darauf hinweisen, dass sie keine Relativierung von Opfern, wer stärker und wer weniger stark betroffen sei, machen möchte. Aber in diesem speziellen Fall sei es eine Straftat gewesen, bei der der Staat erst in die falsche Richtung ermittelt habe und Angehörige in Anfangsverdacht geraten und kriminalisiert wurden. Diesen Menschen wurde mehrfach Unrecht getan. Sie haben Angehörige verloren und ein rechtsextremer Hintergrund wurde lange Zeit gar nicht in Betracht gezogen. Aus diesem Grunde könne sie sehr gut verstehen, dass der Integrationsrat auf diese Art und Weise ein deutliches Zeichen setzen möchte, ein Gedenkzeichen, dass uns das niemals mehr geschehen darf.

Das grundsätzlich jede Form von Gewalt, egal wie sie motiviert ist, abzulehnen ist, sei selbstverständlich. Aber in diesem Fall finde sie das Zeichen doch sehr bedeutsam.

Herr Kockmann weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sich bei der Vorlage nur um eine Mitteilungsvorlage handele, in der auf Seite 2 steht: „Der Fachbereich 8-67 „Stadtgrün“ wäre damit zu beauftragen, die anfallenden Kosten für die Errichtung und Pflege der Gedenkstätte sowie das Vorhandensein geeigneter Standorte einzuschätzen“, d.h. mit anderen Worten, im Augenblick sei noch nicht entschieden, wo es hinkomme und wer es betreue. Bis wann werde es eine Entscheidungsvorlage geben? Werde die Gedenkstätte auch in Zukunft von Stadtgrün betreut? Oder sei man auf Patenschaften angewiesen.

Herr Stein antwortet darauf, dass die Umsetzung noch in der Zuständigkeit des AUKIV, in der Zukunft vielleicht der eines anderen Ausschusses liege. Die Kosten müssten etatisiert werden und ins Arbeitsprogramm von Stadtgrün aufgenommen werden. Deshalb sei hier vorerst nur eine Mitteilungsvorlage zu einem Vorschlag des Integrationsrates ergangen, die nach Wahrnehmung der Verwaltung erstmal positiv aufgenommen wurde. Eine Beschlussvorlage folge nach Prüfung der Machbarkeit.

Herr Basyigit teilt dazu mit, dass angedacht sei, die Betreuung durch Patenschaften von Schulen sicherzustellen. Dies müsse aber der neue Integrationsrat weiterführen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7. Konstituierende Sitzung des Seniorenbeirates **0099/2020**

Frau Holtzmann teilt zur Vorlage mündlich mit, dass Frau Erika Bauer und Herr Iro Herrmann, die an der konstituierenden Sitzung nicht teilnehmen konnten, in der Sitzung des Seniorenbeirats am 11.08. unter Verlesung des Verpflichtungstextes in ihr Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung ihrer Aufgaben verpflichtet wurden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.1. Entsendung von Mitgliedern des Seniorenbeirats in Ausschüsse und in den Inklusionsbeirat **0272/2020**

Herr Kockmann bittet erneut darum, dass sich der Vorstand des Seniorenbeirats im ASWDG vorstelle.

Wie Frau Hellwig bereits unter Top 5 mitteilte, war dies für die heutige Sitzung vorgesehen, musste jedoch wegen Erkrankung des Vorsitzenden verschoben werden.

Die Vorstellung wird erneut für die nächste Sitzung des ASWDG vorgemerkt.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.2. Information zum Sachstand der Mitteilungsvorlage 0174/2020 Anregungen aus dem Seniorenbeirat
0249/2020

Frau Holz-Schöttler merkt an, dass sie die Vorschläge sehr gut finde, vor allem die Einrichtung eines Boule-Platzes, der sicher sehr gut als Treffpunkt angenommen werde.

Frau Holtzmann teilt mit, dass die Vorschläge sicher noch in den einzelnen Ausschüssen beraten werden müssen.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7.3. Information zur Vorlagennummer: 0525/2020 aus der Sitzung vom 04.06.2020
0250/2020

Herr Stark merkt an, dass die Vergünstigungen für Senioren*innen nicht deshalb gewährt werden sollten, weil es Senior*innen sind, sondern es müsse einkommensabhängige Vergünstigungen geben. Er halte Vergünstigungen für alleinerziehende Mütter sehr viel sinnvoller.

Herr Kockmann teilt zur Vorlage mit, dass sich die Verwaltung über die unter Punkt 1 genannten Vergünstigungen noch im Entscheidungsprozess befinde. Unter Punkt 2 „Generationenparkplätze“ halte es die Fraktion für sinnvoll, diese auf Familien, Mütter mit Kindern und auf behinderte Senior*innen, die keinen speziellen Behindertenausweis besitzen, zu erweitern. Herr Hardt von der Verwaltung habe dazu bereits ein Schild entworfen.

Frau Holtzmann teilt mit, dass die Vorschläge noch in den einzelnen Ausschüssen geprüft werden müssen.

Herr Göbels ergänzt zu den Ausführungen von Herrn Kockmann, dass man einen Behindertenparkplatz nur besetzen dürfe, wenn man „außergewöhnlich gehbehindert“ oder „Blind“ sei. Eine 100 % Schwerbehinderung aus anderen Gründen berechtige nicht zum Parken auf einem solchen Parkplatz. Deshalb halte auch er es für sehr wichtig, die Benutzung der Generationenparkplätze auf behinderte Menschen ohne aG oder BI auszudehnen.

Frau Hellwig teilt mit, dass es sich dabei nur um einen Zwischenbericht aus dem Seniorenbeirat handle. Es sei oft nicht so einfach, so etwas umzusetzen. Es wurden bisher noch keine Entscheidungen getroffen.

Auch Frau Koshofer teilt mit, dass die FDP-Fraktion sehr an den Parkplätzen interessiert sei und hoffe, dass die Stadt da ein großes Herz zeige.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8. Jahresbericht der GL-Service gGmbH 2019
0288/2020

Herr Dr. Bernhauser bittet Herrn Kuhlen um ein kurzes Statement zum Jahresbericht.

Herr Kuhlen teilt dazu mit, dass der Bericht in zwei Teile gesplittet wurde. In eine Kurzfassung und einen ausführlichen Bericht. Sollten also Fragen dazu gestellt werden, werde er diese gerne beantworten.

Frau Koshofer findet den Bericht sehr umfänglich und plausibel. Sie fragt nach, wie das auf Dauer weitergehe, da in so vielfältigen Bereichen gearbeitet werde und ob dafür genügend Personen zur Verfügung stünden. Des Weiteren fragt sie nach, ob es bereits einen Nachfolger für Herrn Dekker gebe und ob dies eventuell Herr Kuhlen selbst sei.

Herr Kuhlen antwortet darauf, dass die Personaldecke in 2019, deutlich aufgestockt wurde. Die Tendenz setze sich in 2020, trotz Corona, fort. Er habe versucht in dem Bericht aufzuzeigen, dass man mit Augenmaß arbeiten müsse, denn die Gesellschaft, die vor 11 Jahren mit 8 Personen angefangen habe, liege mittlerweile bei ca. 100 Personen. Sie dürfe aber nicht aus den Fugen geraten, sei aber mit Stephan Dekker als Geschäftsführer und einem guten Team bestens aufgestellt.

Frau Bähler-Sarembe teilt mit, dass sie immer wieder erstaunt sei, was die GL Service alles leiste und wie viele Menschen sie in Lohn und Brot bekomme. Sie bedankt sich sehr für den Einsatz bei Herrn Kuhlen und auch Herrn Dekker. Die nächste Maßnahme stehe bereits an. Der Antrag sei schon genehmigt.

Herr Kockmann bedankt sich im Namen der Fraktion ebenfalls bei Herrn. Kuhlen. Die GL Service gGmbH sei eine segensreiche Einrichtung, die immer dann, wenn die soziale Seite der Stadt in Schieflage gerate, zur Stelle sei, um es zu richten und aufzufangen. Dafür gebühre der GL Service ein großer Dank.

Herr Kuhlen bedankt sich ganz herzlich für die positiven Rückmeldungen und teilt mit, dass er das Lob an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch an die Gesellschafterversammlung weitergebe, die diese Gesellschaft bestimmen und auch im Moment durch die Krise tragen. Dieser Aspekt werde sicherlich im nächsten Bericht seine Stimme finden.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

9. Aufsuchende Hilfen Bergisch Gladbach Innenstadt Maßnahmenbericht
Zwischenbericht
0312/2020

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

10. Information über die aktuelle Flüchtlingssituation in Bergisch Gladbach
0321/2020

Frau Holz-Schöttler fragt an, wie die Kampagne zur Wohnungssuche für Flüchtlinge angekommen sei bzw. wie viele Wohnungen vermittelt werden konnten.

Frau Tillmann teilt dazu mit, dass ja schon seit einiger Zeit Wohnungen gesucht werden. Zurzeit sind mehr als 80 Wohnungen über die Stadt angemietet. In seltenen Fällen komme es auch vor, dass Wohnungen direkt an Flüchtlinge vermietet werden. Es werden darüber keine Daten erhoben, aber man freue sich jedes Mal, wenn etwas zur Weitervermittlung gefunden werde.

Herr Dr. Bernhauser fragt nach, ob es nicht einfacher sei, wenn die Stadt Vermieter würde und z. B. leerstehende Hotels kaufe, um diese dann weiter zu vermieten.

Frau Tillmann teilt dazu mit, dass die Verwaltung auch dieser Möglichkeit nachgeht. Bisher sei noch kein Objekt gefunden oder angeboten worden.

Frau Bähler-Sarembe fragt nach, ob es über die Rheinisch-Bergischen Siedlungsgesellschaft keine Möglichkeit einer Anmietung gebe? Diese würde doch zurzeit überall Wohnungen bauen.

Dazu teilt Herr Stein mit, dass die RBS vor wenigen Monaten in enormer Weise geholfen habe. Die Stadt hatte die Möglichkeit einen ganzen „Riegel“ Wohnraum anzumieten um dort Flüchtlinge unterzubringen. Nicht auf Dauer, aber übergangsweise. Die RBS baue auch Sozialwohnungen aber eben keine Übergangswohnheime. Jedoch Wohnraum für heterogene Mietergesellschaften, in die natürlich auch Menschen mit einem Flüchtlingshintergrund einziehen können, aber keine Flüchtlingswohnheime. Dies wäre auch nicht die Zielsetzung der Verwaltung. Aber die Zusammenarbeit mit der RBS laufe hervorragend. Hätte die RBS uns nicht in dieser Weise geholfen, hätten wir enorme Probleme bekommen, die Container in Lückerath leerzuziehen.

Frau Münzer weist darauf hin, dass die nach Gebührensatzung errechneten Gebühren für die Nutzung der Not- und Flüchtlingsunterkünfte abschreckend hoch seien. In Arbeit befindliche Bewohner würden Arbeitsstellen aufgeben, weil sie nicht einsähen, ihr geringes Einkommen für die Nutzungsgebühren einzusetzen. Besonders auch vor der Erfahrung, dass Bewohner ohne Stelle und Einkünfte diese Nutzungsgebühren als Transferleistung erstattet bekommen. Sie fordert einen interfraktionellen Arbeitskreis in der neuen Legislaturperiode, um diese Problematik zu erörtern und ggf. zu ändern. Ihr Anliegen ist es, Flüchtlinge, die sich integrieren und zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes beitragen wollen, durch dieses Entgegenkommen zu unterstützen.

Frau Hellwig führt dazu aus, dass es genau das Bestreben der Stadt sei, in Zusammenarbeit mit den Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern zu versuchen, Menschen auf dem freien Wohnungsmarkt unterzubringen und darüber die Integration zu fördern. Die Stadt sei verpflichtet, bestimmte Regeln einzuhalten und die Miethöhe, die die Menschen für diese Zimmer zahlen müssen, können nicht frei bestimmt werden. Die Stadt sei nicht daran interessiert, die Menschen in den städtischen Unterkünften zu halten. Die Probleme seien bekannt und in diesem Ausschuss schon öfter thematisiert worden. Es wurde in einer der vergangenen Sitzungen die Gebührensatzung vorgelegt und genau über dieses Thema diskutiert. Die Verwaltung versuche auch in den Unterkünften, z. B. jungen Männern, die beide arbeiten, vorzuschlagen, in nur ein Zimmer zu ziehen und die Miete zu teilen.

Frau Tillmann ergänzt die Ausführungen von Frau Hellwig. Es gebe leider keine Möglichkeit mehr Kosten zu sparen. Es kranke aber auch daran, dass diese Menschen, von denen hier gesprochen werde, sich im Leistungsbezug von Hartz IV befänden. Die haben einen Mehrbedarf für Erwerbstätigkeit. Und dieser Mehrbedarf für Erwerbstätigkeit soll dazu ermuntern, arbeiten zu gehen. Das betreffe aber alle Hartz IV-Empfänger.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

11. Anträge der Fraktionen

Es liegen keine Anträge der Fraktionen vor.

12. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Dr. Bernhauser stellt hier zwei Fragen:

1. Im nächsten Planungsausschuss werde eine umfangreiche Beratungsvorlage zu einer Untersuchung des Büros Quaestio zur Wohnsituation in Bergisch Gladbach vorgestellt. Diese Untersuchung ist sehr differenziert und kommt im Grunde zum Ergebnis, dass Menschen mit geringem Einkommen kaum eine Chance auf dem freien Wohnungsmarkt in Bergisch Gladbach haben. Die Firma Quaestio hat nicht nur die Einkommenskohorten ausgewertet, sondern auch die Wohnungs-/Mietanzeigen daraufhin untersucht, welche Wohnungen Menschen mit geringem Einkommen, Alleinlebende, Alleinerziehende, die 30 – 40 % ihres Einkommens für die Miete ausgeben können, hätten mieten können. Das Ergebnis liegt quasi bei 0. Das heißt bezahlbarer Wohnungsraum ist notwendig. Wird diese Auswertung auch dem ASWDG vorgestellt? Es geht hier natürlich auch um eine soziale Komponente und nicht nur eine der Stadtplanung.
2. Corona hat vielen Menschen die wirtschaftliche Existenz beschnitten. Wie hat sich Corona-bedingte Kurzarbeit bzw. Einkommensausfälle hier in Bergisch Gladbach ausgewirkt?

Herr Stein antwortet zu 1:

Die Vorlage zum Wohnungswesen haben die Kolleg*innen sicherlich fokussiert im Sinne von Planung erstellt und deshalb nicht auch dem ASWDG zur Kenntnis gegeben. Sicherlich könne sich der ASWDG in einer der ersten Sitzungen im neuen Turnus damit beschäftigen.

Zu Frage 2 antwortet Herr Stein, dass er die Frage in der Sitzung des Beirates des Jobcenters mitnehme und eine Antwort dem Protokoll beifüge (**siehe Anlage**).

Er könne aus seiner Sicht zurzeit nur sagen, dass die Gewerbesteuer nicht zusammengebrochen, aber sehr stark reduziert sei.

Der zweite Indikator steht zurzeit nicht zur Verfügung, das sei die Entwicklung der Insolvenzen. Denn es sei allgemein bekannt, dass Liquiditätsprobleme, in dieser Krisenzeit nicht zur Insolvenzanmeldung verpflichten, uns aber in ca. einem halben Jahr als Schatteninsolvenzen wieder begegnen werden. Ob das viele oder wenige Unternehmen in der Stadt seien, könne niemand vorhersagen. Daher schlägt Herr Stein vor, zum Protokoll die aktuellen Zahlen des Jobcenters bekannt zu geben und zur nächsten Sitzung einen Bericht „Auswirkungen von Corona auf die in diesem Ausschuss beinhalteten Bereiche“ vorzusehen.

Frau Holz-Schöttler bedankt sich vor Beendigung der Sitzung noch ganz herzlich bei der Ausschussvorsitzenden im Namen der SPD-Fraktion und persönlich für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Frau Holtzmann bedankt sich zum Abschluss Ihrer letzten Sitzung nochmal bei allen Ausschussmitgliedern.

Sie schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.05 Uhr

gez. Petra Holtzmann
Ausschussvorsitzende

gez. Monika Koppe
Schriftführung